Kreisblatt des Stadtkreises Bochum, Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Geschäftsstellen Bocholt, Neustraße 14, Fernsprecher-Sammelnr. 2054, Büro: Hochstr. 3, Heimstätte, Buchholtz 13, Rüsing, Kirchstr. 23, Dorsten, Borkenwalde 1.

Nummer 299 | Montag, den 31. Oktober | Jahrgang 1927

Die bürgerliche Linke in Frankreich.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

):(**Paris, 29. Oktober.**

Es ist ein Ereignis von einschneidender Bedeutung für die kommende Politik Frankreichs, das sich mit dem Kongreß der Radikalsozialistischen Partei vollzieht. Die Wahlentscheidung der führenden bürgerlichen Linkspartei steht schon fest. Sie lautet auf Trennung von der Rechten!

Und da die Partei, die diesen Beschluß faßt, auch gleichzeitig das Zünglein an der Wage der Koalitionsmehrheiten bildet, ist mit ihrer Entscheidung auch der erste Schritt zur Wahlniederlage der Rechtsparteien vollzogen. Die Tage des Kabinetts Poincaré sind seit heute gezählt, und wenn es ihm auch gelingen mag, bis zum Frühjahr als Verlegenheitsinstitut sein Leben zu fristen, an seiner Ablösung durch wesentlich andere Gruppierungen ist wohl kein Zweifel mehr.

Mit ihrer im Prinzip vollzogenen Lösung von den Rechtsparteien zieht die Radikalsozialistische Partei endlich einen Trennungsstrich unter die Kriegsepisode des französischen Parlaments. War die bisherige Koalition der „Nationalen Einigung" im wesentlichen doch noch ein gradliniger Sproß der Victoire-Gruppe unseligen Angedenkens, die den Uebergang von den Kriegskoalitionen zu der alten Friedensgruppierung des französischen Parlaments immer noch nicht finden konnte und sich aus diesem Grunde häufig als ein ernstes Hindernis außenpolitischer Neugestaltungen erwies. Wenn es auch nicht unverständlich sein mag, daß die Radikalsozialistische Partei nach dem siegreich beendeten Krieg zunächst widerstandslos sich der politischen Führung des Nationalen Blocks anschloß, so hat sie doch nach den letztvergangenen Wahlen zunächst noch eine Enttäuschung bereitet, als sie noch einmal wieder unter der Formel der „Nationalen Einigung" ein Kabinett Poincaré entstehen ließ. Doch nunmehr ist diese unnatürliche Ehe zur endgültigen Scheidung reif, und die Folgen dieses Vorganges werden sehr weittragend sein.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Gründe, die der Radikalsozialistischen Partei eine Wiedergewinnung ihrer eigenen politischen Linie ratsam erscheinen ließen, fast ausschließlich auf innerpolitischem Gebiet zu suchen sind.

Die Radikalsozialistische Partei ist Trägerin einer ausgesprochen revolutionären Tradition, die in der Richtung einer demokratischen Republik liegt. Sie will die unmittelbare Erbin der Gedanken der Revolution von 1789 sein, und an der Spitze ihrer Prinzipien steht deshalb auch der alte Kampfruf der Bastille: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Sie hat eine ausgesprochen feindliche Einstellung gegen die Ueberreste der alten Aristokratie, gegen Großindustrie und Hochfinanz und — gegen die katholische Kirche. Nach dieser Richtung entwickelt sie einen wütenden Fanatismus, und schon die einleitende Kongreßrede ihres Präsidenten Maurice Sarraut war eine förmliche Kriegserklärung an die Kirche.

Es ist also nur natürlich, daß diese Partei auf Grund ihrer Tradition mehr Neigung zur sozialistischen Linken als zur nationalistischen Rechten verspürt, und es ist im Grunde nur ihr alter Platz, den sie im kommenden Wahlkampf wieder einnehmen wird. An der Entschiedenheit ihrer Neuorientierung darf auch die vorsichtige Formulierung eines Teiles ihrer Resolutionen keinen Zweifel lassen. Diese Zurückhaltung ist wohl nur durch einige taktische Rücksichtnahmen bedingt. Denn das Programm von 1789, das einmal als „revolutionär" galt, ist inzwischen in Frankreich zu einer ausgesprochen bürgerlichen Angelegenheit geworden, und die Parteigänger der Radikalsozialisten sind gerade der kleinbürgerliche Mittelstand, der besonders noch in Südfrankreich eine revolutionäre Ideologie beibehalten hat. Und so nimmt die Parteileitung in ihren offiziellen Proklamationen gern einige Rücksicht auf bestimmte Wahlbezirke, die diesen bürgerlichen Einschlag besonders stark ausgeprägt haben. Doch das ändert nichts daran, daß die Niederlage Franklin-Bouillons — des Anhängers einer weiteren Union mit der Rechten — eine eklatante ist, und die Radikalsozialistische Partei von heute ab wieder ohne jede Einschränkung zur Linken gerechnet werden muß.

Doch für die deutsche Politik sind besonders die außenpolitischen Folgen von Bedeutung. Und da wird man es nur mit einem Aufatmen der Erleichterung begrüßen können, daß, wenn nicht alles täuscht, der Tag nicht mehr ferne scheint, an dem das französische Parlament etwas weiter von jenen Parteien abrückt, die mit der schweren Verantwortung für all die außenpolitischen Fehler der Nachkriegsjahre belastet sind. Vielleicht, daß dann einem Versuche deutsch-französischer Entspannung weniger Hindernisse entgegenstehen. Und wir haben noch auf die Einlösung mancher Versprechen zu warten.

Reichskanzler Marx über die aktuellen politischen Fragen.

Eine Rede in Essen.

× Essen, 30. Oktober.

Auf dem Parteitag des Zentrums für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost sprach Reichskanzler Marx bei der öffentlichen Kundgebung.

Der Reichskanzler führte u. a. aus, daß man es ihm verüble, ein Kabinett mit Einschluß der Deutschnationalen gebildet zu haben. „Sonderbar", so sagte der Reichskanzler, „mute der Vorwurf an, als hätte ich die Treue gebrochen, die ich in den vergangenen Jahren den republikanisch gesinnten Volkskreisen versprochen habe.

Wenn einer Veranlassung hat, sich zu beklagen, so bin ich es,

dessen Kabinett man in einem Augenblick stürzte, in dem ich hinsichtlich der Reichswehr Zusagen machen konnte, die vollauf den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion entsprachen, Zusagen, die, das möchte ich besonders unterstreichen, auf meine Veranlassung auch in das Programm des neuen Kabinetts mitaufgenommen und inzwischen durchgeführt worden sind. Für das Zentrum war der Gedanke bestimmend, daß eine Reichstagsauflösung keine wesentlichen Aenderungen des bestehenden Zustandes herbeiführen, dafür aber auf Monate hinaus jede positive Arbeit verhindern würde." Marx sagte ferner, daß

die Republik gerade im letzten Jahre gefestigt

worden sei, und er könne es nur als einen großen Fortschritt werten, wenn eine Partei, die bisher in schroffster Opposition gegen die Republik gestanden habe, sich bereit finde, auf dem Boden der Verfassung von Weimar positive Arbeit zu leisten. Man brauche nur hinzuweisen auf die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und auf das große soziale Werk der Arbeitslosenversicherung, das ein bleibendes Verdienst des Reichsarbeitsministers Brauns sei.

Was den

Flaggenstreit

anbelangt, so bedauerte Marx, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt werde, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht, und es sei noch mehr zu bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole „Hie Schwarz-weiß-rot, hie Schwarz-rot-gold" geführt werden sollte. Schwarz-rot-gold sei keine Verketzerung und Verkennung von Schwarz-weiß-rot, und wer Schwarz-weiß-rot in Ehren halte, brauche deshalb Schwarz-rot-gold nicht zu schmähen. Wer ernstlich den Flaggenfrieden wolle, der sorge dafür, daß die Flaggen von Einst und Jetzt nicht herabgesetzt, sondern so geehrt werden, wie es den Flaggen einer Nation, die auf ihre Würde hält, gebühre.

Die deutsche Außenpolitik,

sagte der Kanzler weiter, weise seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie auf, und es sei nicht zuletzt das Verdienst der Zentrumspartei, daß diese Politik, deren Erfolge niemand mehr bezweifeln kann, unter der Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes, eines Dr. Wirth, eingeleitet worden sei. Auf die Zurücknahme der Besatzungstruppen eingehend, sagte Marx: „Wir erneuern immer wieder den dringenden Hinweis auf unser Recht, die völlige Räumung des besetzten Gebietes zu verlangen." Auffallend sei das Aufsehen, das

die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenberg-Denkmals

in manchen Kreisen des Auslandes erregt habe, eine Rede, die sowohl von ihm wie auch von dem Herrn Reichsaußenminister gebilligt worden sei. Marx wies auf seine Erklärung hin, die er namens der Reichsregierung am 29. August 1924 anläßlich der Annahme der Dawesgesetze im Reichstage abgegeben habe, und betonte, daß die Frage der Kriegsschuld nur durch wissenschaftliche Forschung gelöst werden könne. Die Behauptung, Deutschland habe den europäischen Brand entfesselt, sei eine schwere und tief verletzende Ungerechtigkeit. „Die uns aus dem Vertrage obliegenden materiellen Verpflichtungen haben wir bisher auf das loyalste erfüllt und werden das auch weiterhin tun. Lediglich um unserer Ehre willen, die jeder Nation als das höchste Gut gelten muß, haben wir an die Geschichte appelliert. Lediglich zu diesem Zwecke haben wir unsere Archive geöffnet, damit die ehrlichen Forscher der Vergangenheit in der Lage sind, die Ursache der Katastrophe von 1914 klarzulegen."

Nachdem der Reichskanzler zu dem Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister und über die Beamtenbesoldungsvorlage gesprochen hatte, führte er zum

Schulgesetz

u. a. noch folgendes aus: Was nun das Volksschulgesetz anbetrifft, so sei zu hoffen, daß es gelingen werde, dem dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf eine Gestaltung zu geben, die allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen gerecht werde. Es soll niemand gezwungen werden, seine Kinder in eine Schule zu schicken, die seiner Weltanschauung nicht entspricht. Der Reichskanzler bedauerte, daß das Volksschulgesetz zu einem Kampfobjekt der Parteien geworden sei. Die Gleichberechtigung der drei Schularten werde auf jeden Fall in einem Gesetz enthalten sein, das unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommen soll. „Sollte dem nächsten Reichstag die Aufgabe überlassen bleiben, das Reichsvolksschulgesetz, das nun einmal in der Verfassung vorgesehen ist und infolgedessen geschaffen werden muß, zu erledigen, nun,

wir fürchten einen Wahlkampf, in dem es um die Schule geht, nicht."

Die große Mehrzahl der Parteien habe ein Interesse daran, das Volksschulgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu erledigen. Deutschland könne sich den Luxus kulturpolitischer Kämpfe, die sehr leicht sich entspinnen können, nicht leisten. Das eine werde man jetzt schon mit aller Bestimmtheit als Zentrumsgrundsatz auch für den kommenden Reichstag feststellen können: Das Zentrum wird nach den kommenden Wahlen, in die es, was ich mit Nachdruck nochmals betone, ohne jede Bindung hineingehen wird, genau so wie früher seine Kraft dem Staate zur Verfügung stellen und mit denjenigen Parteien Staatspolitik treiben, die geneigt sind, mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl zu fördern."

Mit einem Hinweis auf die Verdienste der großen Zentrumsführer schloß der Reichskanzler unter starkem Beifall seine Rede.

Der Kampf um das deutsche Finanzwesen.

Unverantwortlich!

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die nicht nur sachlich vollständig unbegründete, sondern, wie sich mehr und mehr herausstellt, ausschließlich parteiagitatorisch aufgezogene Debatte der Linkspresse um den Reichsfinanzminister ist nachgerade unverantwortlich. Jetzt, da der Geldbeutel getroffen wird, hupfen Demokraten und Sozialdemokraten langsam zurück. Denn nun stellt sich heraus, wie ungeheuer frivol diese Hetze sich bezüglich der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Auslande auswirkt. An der New Yorker Börse sind in den letzten Tagen, in denen die Linkspresse alles daransetzte, um den finanziellen Kredit Deutschlands durch eine sture Hetze gegen den Reichsfinanzminister und seine Politik zu untergraben, die Kurse der deutschen Anleihepapiere geradezu katastrophal gesunken. Während sonst normalerweise solche Kursschwankungen um zehntel Prozent die Regel sind, haben wir nun jetzt innerhalb weniger Tage Kursrückgänge um 4 bis 5 Prozent bei derartigen deutschen Anleihen an der New Yorker Börse feststellen müssen. Hand in Hand damit ist eine auffallende Zurückhaltung, um nicht zu sagen, ein ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber der deutschen Finanz- und Anleihegebahrung eingetreten und mit den schwersten Schaden haben die Länder- und die Kommunalanleihen. Damit nicht genug: jetzt schon machen sich die Widerstände gegen alle deutschen Versuche, um die Reparationslasten zu erleichtern, im Hinblick auf diese unverantwortlichen Presse-Treibereien der Linken bemerkbar.

Das also hat man nun „erreicht", daß durch diese rein parteipolitisch und parteidemagogisch aufgezogene Pressefehde gegenüber dem Reichsfinanzminister der öffentliche Kredit Deutschlands nach innen und vor allen Dingen nach außenhin erschüttert wurde. In Zahlen und Ziffern läßt sich dieser Schaden kaum umschreiben; jedenfalls ist er aber, namentlich in seinen letzten Auswirkungen, die sich erst bei dem kommenden Etat zeigen werden, unermeßlich groß.

Man beginnt das jetzt auf der Gegenseite auch einzusehen und bremst ab. Auffallend war insbesondere die gegenüber den bisherigen hochtrabenden Reden der sozialdemokratischen Presse außerordentlich laue und flaue Rede Hilferdings im Haushaltsausschuß, wobei es besonders auffiel, daß Hilferding, ganz im Gegensatz zu dem sonstigen sozialdemokratischen Presseäußerungen, der Finanzpolitik des Reichsfinanzministers durchaus nicht so ablehnend gegenüberstand, wie das künstlich in der Oeffentlichkeit vorgetäuscht wird. Aber auch die Demokraten sind, nachdem ihre tapferen Mannen sehen, was sie an der Börse angerichtet haben, bange geworden um die „heiligsten Güter der Nation".

Die Berliner Börsen-Presse, unter Führung des demokratischen „Börsen-Couriers", findet es jetzt auch an der Zeit, die Angriffe gegen den Reichsfinanzminister abzublasen, und auch sie verweist auf die verheerenden Folgen, die sich aus der ganzen Attacke jetzt für die Börse und Geldmarkt ergeben haben. Erst also mußten diese Herrschaften das materielle Fiasko ihres Vorstoßes am eigenen Leibe zu fühlen bekommen, ehe sie sich dazu bequemten, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren. Das ist ein außerordentlich bedauerliches Dokument heutiger parlamentarischer Verantwortungslosigkeit. Aus purer Agitation, rein parteipolitisch eingestellt, ist eine Attacke inszeniert worden, die, wie dargetan, jetzt schon schweren finanziellen Schaden für das Inland bringt, wie sie in ihren finanzpolitischen Auswirkung für die Zukunft, insbesondere von der Seite des Auslandes her gesehen, von dem doch gerade die demokratische Börsenpresse immer wieder Anleihen fordert, geradezu verhängnisvoll wird. Man wird sich das gut merken müssen, wenn Demokraten und Sozialdemokraten wieder einmal heuchlerisch von der Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in den deutschen Kredit sprechen.

★

Wieder Getränkesteuern für die Gemeinden?

◆ **Berlin, 30. Okt.** Der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, vom Reichsfinanzministerium sei in den bisherigen Verhandlungen mit den Ländern vorgeschlagen worden, den Gemeinden zur Durchführung der Beamtenbesoldungsreform die Getränkesteuer wieder einzuräumen.

★

Eine Bestätigung der vorstehenden Meldung liegt bisher ebensowenig vor wie ein Dement. Die Getränkesteuer ist bekanntlich erst in diesem Sommer beseitigt worden. Nur die Biersteuer ist geblieben. Die Wiedereinführung der Steuer auf Wein und Branntwein, nachdem sie eben ein paar Monate fortgefallen ist, würde sich doch etwas seltsam ausnehmen, zumal die Gründe, die für ihre Abschaffung sprachen, ja auch heute noch bestehen.

★

Kein Grund zum Pessimismus.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin, 30. Okt.** (Eig. Drahtb.)

Ausnahmsweise kann man auch einmal dem sonst so gehässigen „Echo de Paris" recht geben. Dieses Organ schreibt nämlich, die guten Beziehungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler und dem Reparationsagenten Parker Gilbert seien überhaupt niemals getrübt gewesen. Wie wir aus bester Quelle erfahren, trifft diese Behauptung zu. Die zwischen den beiden Männern laufenden Fäden sind nämlich niemals abgerissen, und es wäre durchaus verfehlt, wenn man glauben wollte, die hinreichend erörterte Denkschrift des Reparationsagenten hätte zu einem Konflikt geführt. Wir können im Gegenteil versichern, daß nach wie vor die üblichen Besprechungen stattfinden. Erst am Samstag mittag befand sich der Reparationsagent wieder im Reichsfinanzministerium, und am nächsten Dienstag wird er wieder an einer Beratung mit mehreren prominenten Herren, zu denen auch der Reichsbankpräsident gehört, teilnehmen.

Was die deutschen Finanzen selbst betrifft, so besteht kein Grund zu einer pessimistischen Auffassung. Wenn der Hansabund glaubte, einen Sparkommissar mit diktatorischen Vollmachten fordern zu müssen, da sonst in der deutschen Finanzwirtschaft ein Chaos ausbreche, so können wir auf Grund guter Informationen versichern, daß die Denkschrift des Hansa-Bundes auf einer falschen Grundlage beruht. Selbst der Präsident des Bundes, der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer, mußte zugeben, daß Barmittel in Höhe von 200 Millionen Mark bei der Berechnung des Hansa-Bundes vergessen worden sind. Also: viel Geschrei und wenig Wolle und nur zu dem Zweck, um dem Zentrumsmann Köhler Schwierigkeiten zu bereiten.

Im einzelnen kann gesagt werden, daß unsere Finanzen absolut geordnet sind. Von einer Katastrophe kann keine Rede sein. Bei fast allen Steuern und bei den Zöllen wurden weit höhere Beträge erzielt, als im Etat 1927 vorgesehen waren. Man kann daher damit rechnen, daß für das laufende Etatsjahr ein Ueberschuß von rund 200 Millionen herauswirtschaftet wird. Die neu auf-

kommenden Lasten können also ohne neue Steuern beglichen werden.

Auch der Etat für 1928 ist bereits ins Gleichgewicht gebracht. Dieses Ergebnis war natürlich nur dadurch erzielbar, daß die Ausgaben außerordentlich gedrosselt wurden. Daß es hierbei nicht ohne Kämpfe mit den einzelnen Ressorts abgegangen ist, versteht sich von selbst. Angesichts der hohen Einnahmen taucht natürlich die Frage der Steuersenkung und der Zollermäßigung auf. Eine Hinaufsetzung des sogen. steuerfreien Existenzminimums dürfte voraussichtlich nicht in Frage kommen, gegen eine Herabsetzung der allgemeinen Steuersätze bei der Einkommensteuer wird aber, wie wir hören, das Reichsfinanzministerium keine Bedenken geltend machen. Auch hinsichtlich der Zölle wird eine Prüfung eintreten müssen, insbesondere deshalb, weil ein besonders großer Teil der Zolleinnahmen auf die Lebensmitteleinfuhr zurückzuführen ist. Auch mit den Anleihen im Ausland soll in nächster Zeit stark gebremst werden. Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen wird zwar am Dienstag wieder in Funktion treten, nachdem sie in letzter Zeit ihre Tätigkeit nicht ausgeübt hatte. Da aber Reichsfinanzminister Dr. Köhler ebenso wenig ein besonderer Freund von Auslandsanleihen ist wie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, so wird voraussichtlich nicht im Eiltempo marschiert werden. Für das Reich kommen zunächst keine Auslandsanleihen in Frage, obwohl rechtmäßigerweise eine Milliarde Reichsmark aufgenommen werden könnte. In Zusammenhang damit wird der außerordentliche Etat für 1928 sehr klein ausfallen; man hofft, mit Schatzwechseln durchzukommen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Alarmrufe in der demokratischen Presse nicht auf Tatsachen zurückgehen, sondern daß sie dem Wunsche entsprechen, sowohl der Regierungskoalition wie insbesondere dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler Schwierigkeiten zu bereiten. Die Wahrheit hat sich jedoch bereits Bahn gebrochen, wie die vorstehenden Ausführungen und die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstages beweisen.

Ein deutscher Reparationskommissar?

× **Berlin**, 30. Okt. Von amtlicher Seite wird bekanntgegeben, daß zurzeit im Reichskabinett Erwägungen darüber schweben, ob auf Grund der Schwierigkeiten, die sich gerade in letzter Zeit im Verkehr mit dem Reparationsagenten ergeben haben, die Notwendigkeit für die Einsetzung eines deutschen Reparationskommissars besteht.

Die Kommission für die Verwaltungsreform, die nach Ankündigung durch den Reichsfinanzminister jetzt eingesetzt ist, steht unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers.

Stegerwald über Steuerwesen und Beamtenbesoldung.

Gleiwitz, 30. Oktober.

In einer Massenversammlung der christlichen Gewerkschaften Oberschlesiens sprach heute Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald über „Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Volk". Dabei kam er auch auf die Besoldungsreform in Verbindung mit dem deutschen Steuerwesen zu sprechen und führte u. a. aus:

„Das deutsche Steuerbild im Jahre 1927 sieht in der Hauptsache folgendermaßen aus; es werden etwa aufgebracht die einzelnen Steuerarten:

1. Einkommen- und Körperschaftssteuer	1,8	Milliarden
2. Hauszinssteuer (die Hauptsteuer der der Länder	1,5	„
3. Lohnsteuer	1,3	„
4. Zölle	1,2	„
5. Umsatzsteuer	1	„
6. Tabaksteuer	750	Millionen
7. Vermögens- u. Erbschaftssteuer	500	„
8. Biersteuer	350	„
9. Zuckersteuer	200	„
10. Branntweingebühren	200	„

Aus diesen Steuern ist ersichtlich, von wem sie hauptsächlich aufgebracht werden müssen: von den breiten Massen, d. h. von den minderbemittelten Schichten. Von den aufgeführten Steuern sind lediglich die Einkommen- und Körperschaftssteuer, die Vermögens- und Erbschaftssteuer und ein Teil der Lohnsteuer (die Gehaltsabzüge für die höheren Beamten und Privatangestellten) mit gut 2,5 Milliarden Mark als Besitzsteuern anzusehen. Die anderen mehr als sechs Milliarden Mark sind massenbelastende Steuern. Dazu kommen noch in den Städten die Gewerbesteuer, die abgewälzt wird, die Gas-, Elektrizitäts-, hohen Straßenbahngebühren etc., die auch teilweise in die städtischen Kassen fließen und die Massen belasten. Keine Parlamentsmehrheit und keine Regierung — auch wenn sie rein sozialistisch zusammengesetzt wäre — kann dieses Steuerbild in den nächsten Jahren grundlegend ändern. Höchstens einige Hundert Millionen Mark ließen sich umgruppieren. Aus der Einkommens- und Vermögenssteuer können in Deutschland nicht, wie in England, 7 bis 8 Milliarden Mark herausgeholt werden, weil eben Deutschland sehr viel weniger wohlhabend ist als England. Mindestens 85 Prozent aller deutschen Steuerzahler geht es bestimmt nicht besser, teilweise schlechter, als sämtlichen deutschen Beamten, von den in Gruppen 1 und 2 eingestuften abgesehen. Früher kannten wir in Deutschland keine Umsatzsteuer. Die Zölle, Tabak-, Bier-, und Zuckersteuer etc. brachten sehr viel geringere Erträgnisse. Eine Besoldungsreform, die sich an dem deutschen Steuerbild nicht orientiert, wirkt unsozial, weil sie Minderbemittelte zu Gunsten Bessergestellter belastet.

Mich wegen der Aufhellung solcher und ähnlicher Zusammenhänge, wie in meinen westfälischen Reden, als „Beamtenfeind" hinstellen zu wollen, ist albern. Ich bin als preußischer Ministerpräsident und als Wohlfahrtsminister, insbesondere auch mit den höheren Beamten gut ausgekommen. Meine Einstellung zu den Beamten in gehaltlicher Beziehung ist folgende:

1. Die in Gruppe 3, 4 und 5 eingestuften Beamten sollen in den mittleren Dienstaltersstufen ein ähnliches Einkommen beziehen wie die gelernten Fach- und Qualitätsarbeiter in der Privatindustrie, mit denen sie verglichen werden können. Darauf hat sich dann die Besoldungsreform für die übrigen unteren und mittleren Beamten aufzubauen. Der Vorsprung dieser Beamten gegenüber dem ähnlich qualifizierten Arbeiter in der Privatindustrie besteht in der sicheren Existenz, in der gesicherten und besseren Altersversorgung und in besseren Urlaubsverhältnissen.

2. Die akademisch gebildeten Beamten sind so zu besolden, daß auf der einen Seite auf die allgemeine Verarmung Deutschlands Rücksicht genommen und auf der anderen Seite das Streben, in den Staatsdienst einzutreten, nicht zerschlagen wird, sonst besteht die Gefahr, daß alle fähigen Menschen zur Privatwirtschaft gehen und der Staat sich mit lauter Mittelmäßigkeiten begnügen müßte.

3. An die führenden Ministerialbeamten werden im Zeitalter des Parlamentarismus, des Reichswirtschaftsrats usw. sehr viel höhere Anforderungen gestellt als im alten Regime. Diesen Beamten muß durch Ministerialzuschläge und durch Erhöhung ihres Urlaubs im Vergleich zu den anderen Beamten besonders entgegengekommen werden.

Man sollte meinen, daß auf diesen Grundsätzen alle Menschen, die staatspolitisch und sozial denken, sowie die Beamten selbst, sich zusammenfinden könnten.

Die Arbeiter-Zentrums-Wählerschaft Westdeutschlands zur Beamtenbesoldungsreform.

In Duisburg tagte am Donnerstag das Komitee der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands. An der Tagung nahmen teil: Minister Hirtsiefer, die Reichstagsabgeordneten Genossenschaftsdirektor Schlack, Joos und Imbusch, die Landtagsabgeordneten Steger, Stiehler, Hagemann und Harg, sowie die Diözesanpräsides der katholischen Arbeitervereine, Gickler-Köln und Konermann-Münster, und der Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands, Kaiser. In mehrstündiger Beratung wurde zu verschiedenen Fragen von aktueller Bedeutung Stellung genommen. Bezüglich der Frage der Beamtenbesoldung faßte die Tagung folgende Entschließung:

„Die am 27. Oktober in Duisburg versammelten über einhundert Vertreter der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands erkennen die Notwendigkeit einer gerechten, der Verantwortung und der Tätigkeit der Beamten entsprechenden Besoldung an. Die Beamtenbesoldung muß aber im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Staates bleiben. Nach unserer Auffassung geht der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf eines Beamtenbesoldungsgesetzes weit über das hinaus, was tragbar ist. Die geplanten Gehaltserhöhungen würden das an sich schon vorhandene Mißverhältnis zwischen Beamteneinkommen und dem Einkommen der arbeitenden Volksschichten noch vergrößern und schwere Beunruhigungen hervorrufen. Von der Volksvertretung im Reich, in Staat und in Kommunen wird erwartet, daß die vorgesehene Erhöhung der Beamtengehälter auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird. Mit Genugtuung wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen, daß in der Zentrumsfraktion des Reichstages die Anregung gegeben wurde, die Diäten der Abgeordneten von der Regelung der Beamtenbesoldung unabhängig zu machen. Die Versammlung fordert, daß dieser Anregung Folge geleistet wird."

Tagung der katholischen Schulorganisation.

Sitzung des preußischen Landesausschusses in Gegenwart des Reichskanzlers.

× **Düsseldorf**, 30. Okt. Zu der gestrigen Sitzung des preußischen Landesausschusses der katholischen Schulorganisation Deutschlands waren etwa 130 Mitglieder aus allen preußischen Diözesen erschienen. Auch eine Reihe von Gästen hatte sich eingefunden, so Landeshauptmann Dr. Horion, Staatssekretär a. D. Dr. Brugger, Bürgermeister Reuter, Landgerichtspräsident Dr. Mertens u. a.

Reichskanzler Dr. Marx eröffnete die Sitzung mit herzlichen Begrüßungsworten. Er wies auf die große Bedeutung hin, die die Schulfrage gerade heute habe. Das beweise auch die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Die Frage des Reichsschulgesetzes sei mit Recht an die erste Stelle gesetzt worden.

Hierauf sprach Universitätsprofessor Lauscher über das Reichsschulgesetz. Er bemängelte die Entwürfe der preußischen Regierung, welche darauf hinausliefen, der Simultanschule eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Durch die Abstimmungen würden wir zu einem dauernden Schulkampfe kommen. Wir haben den lebhaften Wunsch, sagte der Redner, sobald wie möglich das Schulproblem auf dem Boden der Verfassung, aber auch der Gewissensfreiheit, zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen.

Nach einer kurzen Diskussion sprach Studienrat Dr. R. A. Keller-Düsseldorf über das katholische Auslandsschulwesen. — Am Nachmittag fanden noch Referate des Direktors Räderscheid-Bonn über die neue Pädagogik und des Oberschulrats Göcking über die Probleme des höheren Schulwesens statt. Heute wurden organisatorische Fragen behandelt.

Ausbildungsfahrt des Schulkreuzers „Berlin".

Berlin, 30. Okt. Der Schulkreuzer „Berlin" wird Anfang Dezember eine längere Ausbildungsreise antreten, die der navigatorischen, seemännischen und technischen Ausbildung der Kadetten der Reichsmarine dienen soll. Die Reise verläuft durch das Mittelmeer und den Suezkanal nach Indien, von dort über die Philippinen nach Japan. Auf der Rückreise werden australische Häfen berührt werden.

Italienische Maßnahmen gegen deutsche Abgeordnete Südtirols.

(Für einen Teil der Auflage wiederholte Meldung.)

△ **Innsbruck**, 29. Okt. Nach Meldungen aus Bozen wurden die Sekretariate der beiden deutschen Abgeordneten im römischen Parlament, Dr. Tinzl und Baron Sternbach, auf Anordnung der Präfektur geschlossen. Die Sekretariate dürften an keiner anderen Stelle wieder eröffnet werden. Dadurch ist den Abgeordneten jede politische Tätigkeit unmöglich gemacht, und die deutsche Bevölkerung kann mit ihnen zur Vertretung ihrer Interessen nicht mehr in Fühlung treten. Als Begründung für die Schließung wurde angegeben, daß die beiden Abgeordneten antiitalienische Propaganda betreiben und angeblich häufigen Besuch von Reichsdeutschen empfangen.

Caillaux zur Finanzlage Frankreichs.

Daladier Parteivorsitzender der französischen Radikalen.

Paris, 29. Okt. Der Kongreß der Radikalen hat den Abgeordneten Daladier zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Die Wahl Daladiers erfolgte mit 420 von 794 Stimmen. In der Nachmittagssitzung wurde ein Antrag Chautemps auf Wählbarkeit der Frauen zum Parlament abgelehnt. Bemerkenswert ist, daß der heutigen Tagung trotz des gestrigen Exodus Franklin-Boullon und seine Anhänger wieder beiwohnten, woraus man schließen kann, daß sie nicht gewillt sind, die Partei zu verlassen.

Caillaux begründete heute nachmittag die Resolution des Ausschusses und äußerte sich über die Finanzlage wie folgt: Im Augenblick des Waffenstillstandes betrug die Summe der Schulden 200 Milliarden. Am 11. Mai 1924 war sie auf 300 Milliarden gestiegen. Die 100 Milliarden Schuldenzuwachs setzen sich aus 25 Milliarden aus dem Defizit und 75 Milliarden aus Zahlungen für Reparationen zusammen. Als 1924 das Kartell an die Regierung kam, war das Budget mit 4 Milliarden in Defizit. Um es zu beseitigen, hat Herriot Geld leihen müssen. Aber bereits 1925 war das Budget, was sogar Poincaré zugegeben hat, im Gleichgewicht. 1926 wies es einen Ueberschuß auf. Caillaux betonte dann die Notwendigkeit einer gesetzlichen Stabilisierung. Denn ein vernünftiger Mensch könne noch auf eine Revalorisierung hoffen. Er verlangte im übrigen eine gerechte Steuerverteilung und forderte, daß durch Verstärkung der Kontrolle der Ertrag der Einkommensteuer erhöht werde.

Im Sinne der mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen Caillaux' wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Anschlag auf den Präsidenten der Republik Griechenland.

× **Athen**, 30. Okt. Auf den Präsidenten Condurtotis wurde, als er nach Eröffnung einer Bürgermeisterversammlung im Rathaus seinen Kraftwagen bestieg, durch einen jungen Mann ein Revolverattentat verübt. Der Präsident wurde im Gesicht leicht verletzt. Er begab sich in eine nahegelegene Klinik. Die Menge versuchte den Täter zu lynchen.

Italienische Flottendemonstration vor Tanger.

Mussolini will mitreden beim Tanger-Statut.

× **Paris**, 30. Oktober. Die Ankunft eines italienischen Geschwaders im Hafen von Tanger veranlaßt den „Temps" und das „Journal des Débats", eine Verbindung zwischen dem Ereignis und dem 5. Jahrestag des Marsches der Faschisten gegen Rom zu suchen. Auch die Tatsache, daß der Kommandant des Geschwaders, Herzog von Udine, nur dem Vertreter des Sultans einen Besuch abstattete, findet das „Journal des Débats" seltsam. Dieses Ereignis habe die Erinnerung an die sensationelle Landung Wilhelms II. in Tanger wachgerufen, wiewohl diese nicht den gleichen Charakter und nicht die gleiche Bedeutung hatte. Das Blatt glaubt das Erscheinen des italienischen Geschwaders in Verbindung bringen zu sollen mit der Haltung des spanischen Kabinetts in der Tangerfrage. Madrid, unterstützt von Rom, habe sich nach Paris und London gewandt, um eine Abänderung des Tanger-Statuts zu seinen Gunsten zu erzielen. Nach langwierigen Auseinandersetzungen sei alsdann beschlossen worden, daß die Verhandlungen in zwei Etappen geführt würden. In der ersten sollten Spanien und Frankreich sich untereinander verständigen, in der zweiten sollten England und Italien die französisch-spanischen Vorschläge prüfen, damit die vier Mächte ein Abkommen über ein neues Tanger-Statut abschließen können. Der geräuschvolle Besuch des Geschwaders des Prinzen von Udine und das italienische Manifest störten also die französisch-spanischen Verhandlungen am Vorabend ihrer Wiederaufnahme.

× **London**, 30. Okt. Der Tangerkorrespondent der „Times" ist zu folgender Feststellung über die italienische Politik in Tanger ermächtigt worden:

Die Lage Italiens macht es im Hinblick auf seine ständig wachsende Bevölkerung für die italienische Regierung notwendig, jede Aenderung im Mittelmeer und insbesondere des Status von Tanger scharf zu beobachten. Die italienische Regierung habe niemals die internationalen Abkommen über Tanger anerkannt. Der Besuch der italienischen Marinedivision solle daran erinnern, daß die italienische Regierung an ihrer Politik festhalte, die augenblicklich existierenden internationalen Abkommen über Tanger nicht anzuerkennen. Sie würde auch keine Regelung annehmen, die ohne ihre Teilnahme und Mitarbeit erfolgen würde. Es müsse daher ganz klar verstanden werden, daß eine solche Zusammenarbeit mit anderen Mächten sich nur auf einer Konferenz oder aus Besprechungen ergeben könne, bei denen die italienische Regierung auf der Basis der Gleichheit mit anderen Mächten vertreten wäre.

★

Die Tanger-Frage.

Wie der Balkan ist seit langer Zeit Marokko ein dauernder Brandherd für Verwickelungen am Mittelmeer gewesen, die mehr als einmal den Frieden von ganz Europa bedroht haben. Ein ganz besonderer Hexenkessel aber war stets die alte Handelsstadt Tanger, die wegen ihrer beherrschenden Lage an der Straße von Gibraltar sowie als Ausgangspunkt zahlreicher Karawanenstrecken in das Innere von Marokko von besonderer Bedeutung ist. Mehrfach hat der jetzt vortrefflich ausgebaute Hafen den Besitzer gewechselt. Lüstern haben stets die Spanier nach ihm ausgeschaut, weil er einen bequemen Weg nach ihren Besitzungen in Nordafrika bot. Ebenso eifrig waren die Franzosen auf seinen Besitz verpicht, da er ihre Bestrebungen in Nordamerika krönen mußte. England ist weniger an dem Hafen interessiert, einmal weil es von Gibraltar aus den Eingang ist das Mittelmeer beherrscht, sodann aber auch, weil es seine Ansprüche auf Marokko aufgegeben und gegen die auf Aegypten eingetauscht hat.

Während des Weltkrieges war die Marokko- und damit auch die Tangerfrage in den Hintergrund getreten. Sofort nach dem Friedensschluß tauchte sie aber wieder auf. Nach langen Verhandlungen zwischen Frankreich, Spanien und England wurde im Jahre 1923 das sogenannte „Tanger-Statut" erlassen, wonach die Stadt und das Gebiet im Umkreis von 20 km international sein sollte, ebenso wurde eine internationale Polizei eingerichtet. Spanien war mit dieser Lösung von vornherein nicht zufrieden, deren Nachteile während der Kämpfe in Marokko noch mehr in Erscheinung traten. Denn aus dem internationalen Gebiet floß Abd el Krim immer neue Munition zu, hierhin konnten sich seine von den Spaniern zersprengten Abteilungen retten und bei passender Gelegenheit sich wieder, vollständig ausgerüstet und bewaffnet, an die Front durchschleichen.

Aber durch den Weltkrieg ist die Lage eines anderen Staates am Mittelmeer völlig verändert. Italien hat sich zur Großmacht aufgeschwungen und hat seither ein großes Interesse an Marokko, umsomehr, als es seinen ungeheuren Geburtenüberschuß an irgendeiner Stelle möglichst nahe der Heimat unterbringen mußte. Es erhob daher sofort Widerspruch gegen das Tanger-Statut und brachte seine Absichten äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß es Ende 1923 eine Karabinieri-Wache ständig in seine Gesandtschaft in Tanger legte, die jedenfalls auf besondere Weisung aus der Heimat besonders großspurig auftrat und die Berechtigung ihrer Anwesenheit bei jeder Gelegenheit betonte. Ende 1926 erwarb die italienische Regierung außerdem den früheren Palast des Exsultans Muley Hafid, in dem jetzt die „Casa Italiana" und mehrere Schulen mit großem Aufwand eingerichtet worden sind. Zur selben Zeit trat ein wichtiger Wechsel in der Gesandtschaft ein, indem der persönliche Freund Mussolinis, Bastiani, der bis dahin Generalsekretär der faschistischen Bewegung des Auslandes gewesen war, die Geschäfte übernahm und ganz im Sinne seines Herrn und Meisters leitete.



Zu derselben Zeit war die Tangerfrage in ein neues Stadium getreten. Spanien verlangte in einer scharf gehaltenen Note die Einbeziehung Tangers in seine Marokkozone. Italien nahm diese Gelegenheit wahr und versprach Spanien seine Unterstützung, doch wollten sich Frankreich und England auf nichts einlassen, erst nach und nach sah man jedoch in Paris und London ein, daß die Angelegenheit geklärt werden müßte und berief vor kurzem eine neue Konferenz, deren Tagung in der nächsten Zeit beginnen sollte. Nun schien für Mussolini der Augenblick gekommen, die Ansprüche Italiens auf Mitwirken in der so wichtigen Frage geltend zu machen. An dem Tage, an dem in ganz Italien die fünfjährige Wiederkehr des Vormarsches der Schwarzhemden auf Rom gefeiert wurde, liefen vor Tanger unter dem Befehl des Herzogs von Udine, eines Vetters des Königs, der Kreuzer „Bari" sowie die Torpedobootszerstörer „Manin" und „Sauro" in den Hafen ein. Der Prinz wurde von dem Gesandten Bastiani mit großem Pomp empfangen und zu den Feierlichkeiten geleitet, mit denen die italienischen Schulen eingeweiht wurden. Der Prinz sowohl wie die meisten Offiziere hatten die faschistische Uniform mit dem bekannten Schwarzhemd angelegt, sodaß der Urheber dieser Demonstration klar zutage trat.

Selbstverständlich hat dieses Vorgehen Italiens und vielleicht noch mehr die durch die „Times" verbreitete amtliche italienische Erklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, in Paris großes Aufsehen erregt. Die ganze französische Presse ist darüber einig, daß diese Demonstration eine der unfreundlichsten Handlungen ist, die Mussolini bisher gegen Frankreich unternommen hat. Jedenfalls wird das Vorgehen der Italiener zu weiteren diplomatischen Schritten Veranlassung geben.

★

„Der Krieg ist nahe."

Rom, 29. Oktober. Der „Corriere della Sera" begleitet die Meldung von der italienischen Flottenentsendung nach Tanger mit den Worten: Die Stunde, auf die Mussolini seit Wochen in seinen Reden vorbereitet, ist gekommen. Italien meldet als Anspruch auf die Neuverteilung Marokkos an. Der „Sera" schreibt: Wir gehen nicht aus Marokko zurück, wie die Deutschen 1911 zurückgingen. Wir sind in Tanger, um dort zu bleiben.

Bei dem gestrigen Festzug der faschistischen Jugend in Rom erklärte Mussolini: Der Krieg, den wir alle verabscheuen, ist nahe, hoffen wir, daß wir aus ihm größer hervorgehen, als wir heute sind.

Fünfmal hat Mussolini in den letzten acht Tagen, die der nationalen faschistischen Feier galten, Ansprachen gehalten. Fünfmal hat der Diktator von nahem Krieg gesprochen, fünfmal hat er die letzten Anstrengungen des italienischen Volkes gefordert. Wer diese Kundgebungen liest, wird an die Jahre vor 1914 erinnert.

Schweres Eisenbahnunglück in Italien.

× **Bari**, 30. Okt. Auf der Linie Bari-Locoronto stieß ein Sonderzug mit einem fahrplanmäßigen Zuge zusammen. Bis jetzt sind 6 Tote und 80 Verletzte, darunter 30 Schwerverletzte, festgestellt worden.

Kampf mit chinesischen Piraten.

× **Schanghai**, 29. Okt. Nach einer aus japanischer Quelle stammenden offiziösen Meldung hat ein Kampf mit Piraten, der am 24. 10. auf dem von Tschang stromaufwärts fahrenden Dampfer „Kianghsin" stattfand, 60 Tote und Verwundete gefordert. 30 chinesische Piraten, die als Passagiere an Bord gekommen waren, überfielen die aus 12 Mann bestehende, vom Gouverneur von Kweitschau gestellte Bedeckungsmannschaft. Nach einstündigem Gefecht setzten sich die Piraten in Besitz des Schiffes, warfen die Getöteten über Bord und raubten die Barmittel und den sonstigen Besitz der Passagiere und der Besatzung, worauf sie mit ihrer Beute an Land gingen.

★

Eine schreckliche Familientragödie in Frankfurt a. M.

× **Frankfurt a. M.**, 30. Okt. Die Ehefrau des in der Rieder Waldkolonie wohnenden Eisenarbeiters Deckert tötete sich und ihre drei Kinder im Alter von ein bis acht Jahren dadurch, daß sie den Gashahn öffnete und das Gas in die Wohnung strömen ließ. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß dieses Drama auf zerrüttete Familienverhältnisse zurückzuführen ist.